Weiterführung der Handlungsbedarfe des 1. gemeinsamen Psychiatrie-berichtes der Versorgungsregion Stadt Halle (Saale) & Landkreis Saalekreis

Grundsätzliches zum Psychiatriebericht:

- Zielgruppe laut §1 PsychKG LSA

Dieses Gesetz regelt Hilfen für Personen, die an einer Psychose, Suchtkrankheit, einer anderen krankhaften seelischen oder geistigen Störung oder an einer seelischen oder geistigen Behinderung leiden oder gelitten haben, oder bei denen Anzeichen einer solchen Krankheit, Störung oder Behinderung vorliegen

- Aufbau: zielgruppenorientierte Darstellung bestehender Angebote medizinischer & komplementärer Hilfen in der Versorgungsregion für
  1.) Kinder und Jugendliche (< 18 Jahre)
  2.) Erwachsene (18 - 64 Jahre)
  3.) Ältere Menschen (> 65 Jahre)

- Suchterkrankungen werden nicht gesondert betrachtet, da nach Internationaler Klassifikation psychischer Störungen der WHO (ICD-10) zu Kapitel V: Psychische und Verhaltensstörungen zugehörig!

Kinder und Jugendliche

Medizinische Hilfen:

- Erhöhung der Anzahl der niedergelassenen Kinder-/Jugendpsychiater sowie -psychotherapeuten
  - Wartezeiten und Versorgungsschwerpunkte durch anonymisierten Fragebogen erfragt, um den Bedarf der kostenzuständigen Kassenärztlichen Vereinigung (KV) zu verdeutlichen → dazu wissenschaftliche Evaluation (Sachstandsanalysen zu freien versus besetzten Niederlassungsplätzen, zur tatsächlichen Auslastung der Praxen sowie dem Anteil Kinder und Jugendliche) muss erfolgen, dann zu politisch Verantwortlichen, um Einfluss auf KV zu nehmen
  - Im SK am Basedow-Klinikum Merseburg neue psychiatrische und psychotherapeutische Praxis eröffnet
  - Tendenz für Psychotherapeuten in Halle und im SK positiv
- Ausbau ambulanter traumatherapeutischer Angebote
  - Mehrere Kolleginnen befinden sich seit 2014 in 3jähriger curriculärer Ausbildung bei Frau Dr. Hochauf/Frau DM Unfried, so dass mittelfristig Entlastung zu erwarten
- Schaffung therapeutischer Angebote (vordergründig psychotherapeutisch) für die Gruppe der Adoleszenten (zwischen 18 und 25 Jahre)
  - Arbeit an einer Konzeption zur Realisierung am Basedow Klinikum Saalekreis
- Etablierung verhaltenstherapeutischer Angebote für Kinder aus dem Bereich der Förderschulen
  - muss im Rahmen der Inklusion neu gedacht werden; neue Strukturen geschaffen werden → Befassung in der Fachgruppe „Gefährdetes Kind“/Arbeitskreis “Kinder- und Jugendpsychiatrie“ der PSAG

Beratende und begleitende Hilfen:

- Einrichtung eines kinder- und jugendpsychiatrischen Dienstes im Gesundheitsamt Saalekreis
  - Erarbeitung einer Konzeption durch die Leiterin des SpDi Saalekreis, als Diskussionsgrundlage für die Gewährung durch den Kreistag des Landkreises SK
- Bedarf einer Suchtpräventionsfachkraft in der Stadt Halle (Saale)
  - Gegenwärtig in Diskussion

Komplementäre Hilfen:

- mehr heilpädagogische/therapeutische Angebote für verhaltensgestörte/ -auffällige Kinder mit intellektuellen Fähigkeiten im Grenzbereich zwischen Lern- und geistiger Behinderung
    - Aufbau von abgestimmten Angeboten schulischer, beruflicher und sozialer Teilhabe sowie betreute Wohnangebote
    - Bedarfssicht bei Schulen abfragen (2. Halbjahr 2015)
- Forderung nach Mischfinanzierungen für Hilfsangebote in Schnittstellenbereichen
    - Noch in den Arbeitskreisen (AK) der PSAG in Beratung
    - Wiedereinführung verbindlicher Kooperationsverträge zur weiteren Verbesserung der sozialpsychiatrischen Versorgung für Kinder und Jugendliche (KJP-SA-Schule) – (ehemals Bundesmodellprojekt MD)
    - Muss kommunal über Entscheidungsträger (FBL aufwärts) auf den Weg gebracht werden, Diskussionen anstoßen

Erwachsene

Medizinische Hilfen

- Erhöhung der Zahl niedergelassener Nervenärzte & psychologischer Psychotherapeuten
  - Ausbau psychotherapeutischer Schwerpunktbehandlungen, z.B. auch für Glücksspiel
  - Angaben von therapeutischen Schwerpunkten der Psychotherapeuten durch KV
  - Bessere Abstimmung mit der KV durch der Kommunen zur regionalen Verteilung von Praxen und entsprechender Spezialisierungen anhand der durch die Kommunen gemeldeten Bedarfe in der Versorgungsregion)
  - Forcierung der politischen Einflussnahme seitens der Kommune und der Landesregierung auf die KV-Planung
  - Neuer KV-Sitz für Psychiatrie im SK seit Juli 2015
- Etablierung von ambulanter Soziotherapie und ambulanter psychiatrischer Pflege (§ 37 ff und § 132 a/b SGB V)
  - 2 Anbieter ambulante Soziotherapie in Halle für Versorgung Halle und SK seit 4. Quartal 2014, derzeit im Ausbau der Leistung
  - Nach Richtlinienreform in 2015 Erweiterung der zulässigen Diagnosespektrum (u.a. auch für Suchtkranke)
  - Ambulante psychiatrische Pflege durch spezialisierten ambulanten Pflegedienst am Basedow-Klinikum SK mit Start zum 01.10.2015
- Etablierung Integrierte Versorgung (IV)
  - Erweiterung der bestehenden PG Soziotherapie des Steuerungsverbundes zur gezielten Planung der IV
  - Über IV ist Implementierung von Krisenbetten in der Versorgungsregion für eingetragene Patienten möglich
- mehr Plätze für stationäre Mitaufnahme von Säuglingen/Kleinkindern psychisch kranker Mütter
  - Krankenhausplanung nicht kommunal
  - Befassung in der PSAG Halle/Saalekreis; Treffen der Chefärzte/ ärztlichen Direktoren der Fachkliniken für Psychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatik (Rückmeldung: kein Bettenaufwuchs möglich; keine fachliche Personalkapazität für Kinderbetreuung, Vorschlag einer Kooperation mit lokal ansässiger Kita)
- Ambulante Entgiftung und Entwöhnung von legalen und illegalen Substanzen
  - Über Projektgruppe (PG) Sucht des Steuerungsverbundes Diskussion mit Krankenkassen und Rentenversicherungsträgern

- Mehr Tagesklinikplätze für Suchtpatienten
    - Erhalt der bestehenden Plätze in der Klinik Querfurt
    - Schaffung von Plätzen auch in Halle (bisher nur für Doppeldiagnosen möglich)
    - Adaptationsklink sinnvoll (Querfurt mit der meisten Erfahrung)
- Mehr stationäre Entgiftungsplätze für Konsumenten illegaler Substanzen einschließlich qualifizierter Entgiftung
    - Erhöhung der Therapieplätze von 4 auf 6 durch UKH
    - Erweiterung des bisherigen Behandlungsspektrums für Alkoholabhängige um eine qualifizierte Entgiftung in UKH geplant
- S4-Behandlung auch für Abhängige von illegalen Suchtmitteln/Etablierung von S5-Behandlung im Versorgungsraum
    - Diskussion in PG Sucht des Steuerungsverbundes sowie in Chefärzte-Runde

- Anpassung des stationären Behandlungsangebotes an erhöhte Anforderungen bei Crystalpatienten
    - Ergebnis aus Diskussion im Chefärzte-Treffen: aus fachlicher Sicht keine Notwendigkeit

<u>Beratende und begleitende Hilfen:</u>

- Umsetzung der Vorgaben des „Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Familienförderung des Landes Sachsen-Anhalt und zur Neuordnung der Förderung sozialer Beratungsangebote“(FamBeFöG LSA) zur integrierten psychosozialen Beratung (lt. „Rahmenvereinbarung zur integrierten psychosozialen Beratung im Landkreis Saalekreis“ vom 29.04.2015 und der „Rahmenvereinbarung zur integrierten psychosozialen Beratung in der Stadt Halle (Saale)“)
    - Stadt Halle, Landkreis Saalekreis
- Einrichtung einer unabhängigen & trialogisch besetzten Beschwerdestelle
    - Geschäftsstelle der PSAG
- Patientenfürsprecher
    - Grundsätzliche Diskussion im Steuerungsverbund und im Betroffenen- und Angehörigenverband (SHI und LV Angehörige psychisch Kranker)

<u>Hilfen zur Förderung der Selbstbestimmung und gesellschaftlichen Teilhabe gem. SGB IX</u>

- Absicherung der Finanzierung der vorhandenen Angebote, Begegnungsstätte „Labyrinth“ und der Psychosozialen Kontaktstelle „Stadtinsel“ e.V. mittels Jahresverträgen und Beteiligung der Kostenträger SGB V; Schaffung von Angeboten der Begegnung für psychisch Kranke und Suchtkranke im LK Saalekreis

    - Stadt Halle und LK Saalekreis im Rahmen der kommunalen Daseinsfürsorge und Nutzung der Möglichkeiten anderer Sozialleistungsträger (SGB V und VI) über Steuerungsverbund PSAG
- Beibehaltung der Finanzierung der Selbsthilfekontaktstellen Halle und Saalekreis durch Krankenkassen, Land, Kommunen, Rentenversicherung
    - Steuerungsverbund PSAG
- grundlegende Unterstützung des Landesverbandes „Angehörige psychisch Kranker“ und der Selbsthilfeinitiative „SHI“ durch:
    - Ansprache interessierter Angehöriger in den Einrichtungen
    - Ermutigung von Betroffenen, sich zu organisieren
    - Öffentlichkeitsarbeit
    - Mitglieder der PSAG Halle/Saalekreis

<u>Leistungen zur Teilhabe mittels Eingliederungshilfen nach SGB XII:</u>

- Anpassung der Zugangsvoraussetzungen für Suchtkranke nach aktuellen Fachstandards (Aufhebung des Abstinenzgebotes bei Suchtkranken und Konsumenten illegaler Drogen, dafür Änderungsbereitschaft und Motivation als Grundlagen für Hilfegewährung)
- Aufhebung der Zuweisung nach „Leitsyndrom“, dafür Orientierung am individuellen Hilfebedarf des Betroffenen; bisher ist Arbeitsgrundlage der Rahmenvertrag nach § 79 SGB XII, indem Hilfen einrichtungsbezogen gewährt werden (institutioneller Hilfeansatz), dadurch Ausschluss personenbezogener Hilfen
- Zulassung von Kombinationen von Leistungstypen laut Rahmenvertrag, wie Ambulant Betreutes Wohnen und Tagesstätte
- Anpassung der Hilfegewährung (Bewilligungszeiträume) an den individuellen Hilfebedarf und Flexibilisierung der Hilfen (Fachleistungsstunden) im ambulanten Bereich entsprechend dem Bedarf
- Schaffung von tagesstrukturierenden Angeboten auch für Konsumenten illegaler Drogen
    - Steuerungsverbund der PSAG in Zusammenarbeit mit der Sozialagentur Land Sachsen-Anhalt (überörtlicher Träger der Eingliederungshilfe) unter Einbindung landespolitischer Gremien

<u>Teilhabe an Arbeit und Beschäftigung</u>

<u>Prävention</u> psychischer Erkrankungen im Erwerbsleben:

- Bewerbung des BGM (Betrieblichen Gesundheitsmanagement) auch in kleinen Unternehmen im Versorgungsraum Halle/ Saalekreis
- Schulungsangebote zu psychischen Störungen und Suchterkrankungen
    - Gesetzliche Krankenkassen

Berufliche Rehabilitation für psychisch kranke erwerbsfähige Menschen(einschl. Suchtkranker) mit Hilfebedarf:

- gemeinsame Hilfeplankonferenzen aller Kostenträger mit dem Ziel der Schaffung kostenträgerübergreifender Hilfen
    - Start des Modellprojektes „Personenzentrierte Hilfeplanung und Begleitung“ der Stadt Halle und des LK Saalekreis mit der TSE gGmbH 03/2015
    - PG „Geschützte Arbeitsplätze“ des Steuerungsverbundes der PSAG
- bedarfsgerechter Erhalt und Anpassung der Angebote im Bereich der psychosozialen Begleitung SGB II, §16a für psychisch Kranke/ Suchtkranke und Anpassung der kommunalen Finanzierung
    - Jobcenter Halle und Saalekreis
- Schaffung von bedarfsgerechten, spezialisierten Angeboten an Arbeitsgelegenheiten/Rehabilitationsmaßnahmen (SGB II und III) für psychisch Kranke und Suchtkranke bei fachlich spezialisierten Trägern über langfristiger geförderte Zeiträume (bisherige Ausschreibungspraxis wird der Zielgruppe nicht gerecht)
    - Arbeitsagentur, Jobcenter Halle und Saalekreis

Schaffung von Arbeitsplätzen für psychisch Kranke auf dem 1. Arbeitsmarkt:

- Schaffung passgenauerer flexiblere Arbeitsbedingungen, mehr Teilzeitstellen, Stellen mit Gleitzeitregelung, Heimarbeit
- Umdenken bei Schaffung von Arbeitsplätzen: Tätigkeitsbeschreibungen statt Qualifikationen; Prüfung der persönlichen Eignung
- Bewerbung der kleinen und mittelständischen Unternehmen, Öffentlicher Arbeitgeber und Wohlfahrtsverbände; Vereine zur Schaffung von geeigneten Arbeitsplätzen
- Ausgliederung aus Werkstatt - Mitwirkung der PSAG bei der Umsetzung des Modells ÜWA (Unterstützung des Überganges von MitarbeiterInnen der WfbM in Sachsen-Anhalt auf den allgemeinen Arbeitsmarkt durch die Integrationsfachdienste, Start 2014)
- Ausbau der Arbeitsassistenz für psychisch Kranke/ geistig behinderte Arbeitnehmer am Arbeitsplatz (anstatt Werkstatt)
    - Integrationsamt Sachsen-Anhalt, Handwerkskammern (IHK,…) und Steuerungsverbund der PSAG

Schaffung von Arbeitsplätzen für psychisch Kranke, suchtkranke und geistig behinderte erwerbsunfähige Menschen auf dem geförderten Arbeitsmarkt:

- Schaffung eines spezialisierten Werkstattangebotes für seelisch behinderte Menschen (WfsbM) im Landkreis Saalekreis / Bereich Merseburg-Querfurt
    - Planung Stiftung Samariterherberge am Standort Bad Dürrenberg, 2016
- Bedarf an Integrationsprojekten/ Integrationsfirmen in Halle und Saalekreis
- derzeitig nur eine Integrationsfirma im Saalekreis (VDZ gGmbH)
- Unterstützung der Träger bei der Schaffung von Zuverdienstprojekten für die Zielgruppe der berenteten bzw. geringverdienenden psychisch Kranken mit dem Ziel der sinngebenden Tagesstrukturierung; Finanzierung der Projektleiter
    - Steuerungsverbund der PSAG

Ältere Menschen

Medizinische Hilfen:

- Aufbau gerontopsychiatrischer Schwerpunktpraxen in MVZ
  - Abfrage bei Treffen der Chefärzte (PSAG)
  - Abfrage bei Nervenarzt- und Hausärztestammtische zu Bedarf und bestehenden Angeboten über den AK Behandlung/Beratung der PSAG
- Berücksichtigung der besonderen Bedürfnisse demenzkranker Menschen in Allgemeinkrankenhäusern
- besserer Vernetzung geriatrischer und gerontopsychiatrischer stationärer Angebote
- multiprofessionelle Teams in der Versorgung multimorbider geriatrischer Patienten
  - Sozialdienste in Krankenhäusern ansprechen, ggfs. Schulung anbieten, Absprache über AK Gerontopsychiatrie der PSAG
  - Gemeinsame Visiten zwischen Geriatern, Alterstraumatologen und Pharmakologen im Klinikum Kröllwitz
  - Ausbau für andere Kliniken über Absprachen im Chefärzte-Treffen und AK Gerontopsychiatrie der PSAG

Komplementäre Hilfen/Beratung:

Seniorenberatungsstelle in der Stadtverwaltung

  - in der ursprünglichen Form nicht mehr realisierbar, stattdessen in Halle Schaffung von „Anlaufstellen“ für ältere Menschen in 5 Stadtbezirken mit je 1 Sozialarbeiter
  - im SK Schaffung von Angeboten kombinierter Senioren-/Pflegeberatung in den Einheitsgemeinden (derzeit Konzepterstellung)

- intensivere Beratung zu vorpflegerischen Hilfsangeboten durch die Vernetzte Pflegeberatung
  - Mehr Öffentlichkeitsarbeit/Bekanntmachen der Vernetzten Pflegeberatung
- spezielle Angebote für ältere Patienten mit Suchtproblemen
  - Thematisierung im PG Sucht des Steuerungsverbundes
- Aufwuchs spezialisierter Heimplätze für Demenzpatienten vor allem mit Verhaltensauffälligkeiten
- Reduktion freiheitsentziehender Maßnahmen in Pflegeheimen
  - Unterstützung von Projekten und Modellen zur Reduktion freiheitsentziehender Maßnahmen
  - Schulungen für Pflegepersonal von Pflegeeinrichtungen und ambulanter Pflegedienste durch u.a. UKH, Betreuungsbehörden Halle und SK, Betreuungsvereine